

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
 Einleitung .....	 1
<i>A. Ein Paukenschlag aus Karlsruhe: BGHZ 220, 179</i> .....	1
<i>B. Anliegen und Gegenstand der Untersuchung</i> .....	3
<i>C. Gang der Untersuchung</i> .....	4
 Kapitel 1 – Grundlagen: Gläubigerschutz bei Verschmelzungen .....	 7
<i>A. Die herkömmliche Unterscheidung zwischen individuellem und         institutionellem Gläubigerschutz</i> .....	8
<i>B. Stellungnahme</i> .....	8
I. Kapitalgesellschaftlicher Gläubigerschutz durch Vermögensbindung .....	10
II. Die Verschmelzung im Gesamtgefüge der Vermögensbindung ....	16
III. Die Verzahnung des kapitalgesellschaftsrechtlichen und des verschmelzungsrechtlichen Gläubigerschutzes .....	32
 Kapitel 2 – Differenzhaftung und Verschmelzung .....	 41
<i>A. Meinungsstand</i> .....	43
I. Der BGH und das Mantra der Kapitaldeckungszusage .....	43
II. Der unerbittliche Widerstand der Literatur .....	44

<i>B. Stellungnahme</i> .....	48
I. Grundlagen der Differenzhaftung .....	49
II. Anwendbarkeit der Differenzhaftung bei Verschmelzung .....	81
III. Überlegungen de lege ferenda .....	114
 Kapitel 3 – Kapitalerhaltungshaftung und Verschmelzung	117
 <i>A. Meinungsstand</i> .....	118
I. Die Befürworter der Kapitalerhaltungsregeln .....	118
II. Die wesentlichen Einwände gegen die Kapitalerhaltungsregeln ...	120
 <i>B. Stellungnahme</i> .....	123
I. Grundlagen der Kapitalerhaltungshaftung .....	125
II. Anwendbarkeit der Kapitalerhaltungsregeln bei Verschmelzung ..	145
III. Rechtsfolgen der Kapitalerhaltungshaftung bei Verschmelzung ...	177
IV. Überlegungen de lege ferenda .....	191
 Kapitel 4 – Existenzvernichtungshaftung und Verschmelzung .....	195
 <i>A. Meinungsstand</i> .....	197
I. Der BGH und das Nachschärfen der Existenzvernichtungshaftung .	197
II. Die Rezeption der Entscheidung in der Literatur .....	197
 <i>B. Stellungnahme</i> .....	199
I. Grundlagen der Existenzvernichtungshaftung .....	200
II. Anwendbarkeit der Existenzvernichtungshaftung bei Verschmelzung .....	237
III. Rechtsfolgen der Existenzvernichtungshaftung bei Verschmelzung	247
IV. Einflüsse des Insolvenzanfechtungsrechts .....	256

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	271
<i>Zu Kapitel 1 – Grundlagen: Gläubigerschutz bei Verschmelzungen ...</i>	<i>271</i>
<i>Zu Kapitel 2 – Differenzhaftung und Verschmelzung .....</i>	<i>274</i>
<i>Zu Kapitel 3 – Kapitalerhaltungshaftung und Verschmelzung .....</i>	<i>278</i>
<i>Zu Kapitel 4 – Existenzvernichtungshaftung und Verschmelzung .....</i>	<i>282</i>
 Quellen- und Literaturverzeichnis .....	 285
<i>Gesetze, Richtlinien, Entwürfe und Materialien .....</i>	<i>285</i>
<i>Literatur .....</i>	<i>288</i>
 Sachregister .....	 321

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
 Einleitung .....	 1
<i>A. Ein Paukenschlag aus Karlsruhe: BGHZ 220, 179</i> .....	1
<i>B. Anliegen und Gegenstand der Untersuchung</i> .....	3
<i>C. Gang der Untersuchung</i> .....	5
 Kapitel 1 – Grundlagen: Gläubigerschutz bei Verschmelzungen .....	 7
<i>A. Die herkömmliche Unterscheidung zwischen individuellem und institutionellem Gläubigerschutz</i> .....	8
<i>B. Stellungnahme</i> .....	8
I. Kapitalgesellschaftlicher Gläubigerschutz durch Vermögensbindung .....	10
1. Markteintritt: Neuschaffung von gebundenem Kapital durch Festsetzung der Garantiekapitalziffer und Sicherung der Kapitalaufbringung .....	11
2. Marktteilnahme: Schutz der bereits bestehenden Vermögensbindung durch Kapitalerhaltung auf Grundlage der Bilanzierung .....	12
3. Marktaustritt: Schutz der Vermögensbindung durch das Liquidationsverfahren bzw. durch das Insolvenzverfahren .....	14
4. Fazit .....	16

II. Die Verschmelzung im Gesamtgefüge der Vermögensbindung . . . .	16
1. Das „Wesen“ der Verschmelzung . . . . .	16
a) Fortsetzung statt Auflösung des kapitalgesellschaftlichen Geschäftsbetriebs . . . . .	17
b) Gebot zur Modifikation des Liquidationsregimes der Überträgerin, aber auch des Kapitalaufbringungsregimes der Übernehmerin . . . . .	19
c) Gleichlauf der kapitalgesellschaftlichen Verschmelzung durch Neugründung . . . . .	21
2. Die Bedeutung der „Wesensmerkmale“ der Verschmelzung . . . . .	22
a) Gesamtrechtsnachfolge unter liquidationslosem Erlöschen des übertragenden Rechtsträgers als genuin gläubigerschützendes Instrument der Verschmelzung . . . . .	22
b) Anteilsgewährung als Instrument (allein) zum Schutz der Anteilseigner . . . . .	25
aa) Kein Instrument zum Schutz vor unmittelbaren Vermögensabflüssen . . . . .	26
bb) Kein Instrument zum Schutz vor mittelbaren Vermögensabflüssen . . . . .	29
3. Fazit . . . . .	31
III. Die Verzahnung des kapitalgesellschaftsrechtlichen und des verschmelzungsrechtlichen Gläubigerschutzes . . . . .	32
1. Wegfall des Liquidationsregimes auf Seiten der übertragenden Kapitalgesellschaft . . . . .	33
2. Abbau des Kapitalaufbringungsregimes auf Seiten der übernehmenden Kapitalgesellschaft . . . . .	33
3. Schutz der bereits bestehenden Vermögensbindung durch das Kapitalerhaltungsregime auf Seiten beider an der Verschmelzung beteiligten Kapitalgesellschaften . . . . .	35
a) Normative Vergleichsbetrachtung zur Einzelrechtsnachfolge unter gleichzeitigem Fortbestand der Überträgerin . . . . .	35
b) Schutz der Vermögensbindung (auch) auf Seiten der insoweit nach § 25 Abs. 2 Satz 1 UmwG fortbestehenden übertragenden Gesellschaft . . . . .	36
c) Kein abschließender Charakter der Kombination aus Sicherheitsleistung und Organhaftung – auch im Hinblick auf den Schutz der Altgläubiger . . . . .	38
d) Die Irrelevanz der Anteilsgewährung . . . . .	40
4. Fazit . . . . .	40

Kapitel 2 – Differenzhaftung und Verschmelzung .....	41
<i>A. Meinungsstand</i> .....	43
I. Der BGH und das Mantra der Kapitaldeckungszusage .....	43
II. Der unerbittliche Widerstand der Literatur .....	44
<i>B. Stellungnahme</i> .....	48
I. Grundlagen der Differenzhaftung .....	49
1. Normzweck .....	50
a) Sicherung der realen Kapitalaufbringung zum Schutz der Gläubiger .....	51
b) Gesellschafterschutz als weiterer Normzweck der Differenzhaftung? .....	53
c) Zwischenergebnis .....	55
2. Haftungsgrund .....	55
a) Gebot der realen Kapitalaufbringung? .....	55
b) Abgabe einer Kapitaldeckungszusage? .....	57
aa) Das GmbHG von 1892 und der Grundsatz der Bewertungsfreiheit .....	58
bb) Tendenzen zur Rechtsfortbildung ab Ende der 1930er Jahre: Differenzhaftung des Sacheinlegers bei kaufmännisch unvertretbaren Überbewertungen als Ausgleich zwischen Bewertungsfreiheit und Kapitalaufbringung .....	59
(1) Wende des Reichsgerichts: Verschuldensabhängige Werthftung des Sacheinlegers bei kaufmännisch unvertretbarer Überbewertung .....	61
(2) Ernst Boesebeck und die Geburtsstunde der Kapitaldeckungszusage als verschuldensunabhängige Werthftung des Sacheinlegers bei Überschreitung des Vertretbarkeitsspielraums .....	61
(3) Alternative Begründungsansätze in der Literatur für eine verschuldensunabhängige Werthftung des Sacheinlegers bei Überschreitung des Vertretbarkeitsspielraums .....	63
(4) Anerkennung der Differenzhaftung durch den BGH als verschuldensunabhängige Werthftung des Sacheinlegers bei Überschreitung des Vertretbarkeitsspielraums – mit Verweis unter anderem auf die Rechtsfigur der Kapitaldeckungszusage .....	66

cc) Die GmbH-Novelle von 1980 und der Grundsatz der Bewertungsstrenge: Differenzhaftung des Sacheinlegers ohne Vertretbarkeitsspielraum .....	68
(1) Zum Begriff der „Deckungszusage“ in der Regierungsbegründung .....	68
(2) Überholtsein der Rechtskonstruktion der Kapitaldeckungszusage .....	69
c) Abschluss der Sacheinlagevereinbarung als solcher .....	70
aa) Die Sacheinlagevereinbarung als solche als Anknüpfungspunkt der Differenzhaftung .....	70
bb) Die (ungeschriebene) Pflicht zur Wertdeckung ohne Vertretbarkeitsspielraum .....	74
cc) Das rechtstechnische Auslösen der Differenzhaftung im Detail .....	75
(1) Kein Wiederaufleben oder Fortbestehen einer primären Bareinlagepflicht .....	75
(2) Differenzhaftung als Fortentwicklung der Pflicht zur Wertdeckung .....	78
3. Fazit .....	80
II. Anwendbarkeit der Differenzhaftung bei Verschmelzung .....	81
1. Aussagen des UmwG? .....	81
a) Abschließende Sonderregelung durch Sicherheitsleistung und Organhaftung? .....	81
b) Zur fehlenden Aussagekraft der Gründerstellung des übertragenden Rechtsträgers nach § 36 Abs. 2 Satz 2 UmwG .....	82
c) Zur fehlenden Aussagekraft der § 55 Abs. 1, § 69 Abs. 1 UmwG .....	84
d) Zwischenergebnis .....	86
2. Kapitalgesellschaft als Überträgerin .....	86
a) Direkte Anwendung zulasten der Gesellschafter? .....	86
b) Analoge Anwendung zulasten der Gesellschafter? .....	88
aa) Planwidrigkeit der Regelungslücke? .....	89
(1) Regelungsplan des Gesetzes bei kapitalgesellschaftlicher Verschmelzung: Schutz der verschmelzungsbedingten Kapitalaufbringung auf Grundlage der Bilanzierung und deren registergerichtlichen Prüfung .....	90
(a) Gesetzesimmanente Teleologie der kapitalgesellschaftlichen Verschmelzung .....	91
(b) Regelungsabsicht des Umwandlungsgesetzgebers .....	92
(c) Parallelen zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln .....	94

(2) Folgerungen: Keine planwidrige, sondern eine planvolle Regelungslücke .....	96
bb) Vergleichbare Interessenlage? .....	98
(1) Abschluss des Verschmelzungsvertrags – Gesellschafter als (wirtschaftliche) Sachinferenten? .....	98
(2) Zustimmung im Rahmen des Verschmelzungsbeschlusses? .....	101
(3) Anteilserwerb? .....	104
c) Sonderfall: „Differenzhaftung“ bei Überschreitung der Barzahlungsschranken in § 54 Abs. 4, § 68 Abs. 3 UmwG? .....	107
d) Zwischenergebnis .....	109
3. Gesellschaften anderer Rechtsform als Überträger .....	109
a) Eingetragene Genossenschaft als Überträgerin .....	109
b) Rechtsfähige Personengesellschaft als Überträgerin .....	110
c) Rechtsfähiger Verein als Überträger .....	111
4. Fazit .....	114
III. Überlegungen de lege ferenda .....	114
1. Korrekturbedarf aufgrund der Erweiterung des Spruchverfahrens zugunsten der Gesellschafter der Übernehmerin durch das UmRUG? .....	114
2. Vorschlag für eine Regelung der Differenzhaftung in § 55 Abs. 1 Satz 2 UmwG .....	115
 Kapitel 3 – Kapitalerhaltungshaftung und Verschmelzung .	117
 A. Meinungsstand .....	118
I. Die Befürworter der Kapitalerhaltungsregeln .....	118
II. Die wesentlichen Einwände gegen die Kapitalerhaltungsregeln ...	120
 B. Stellungnahme .....	123
I. Grundlagen der Kapitalerhaltungshaftung .....	125
1. Normzweck .....	125
2. Haftungsgrund .....	126
a) Einlageversprechen des Gesellschafters? .....	126
b) Störung der Risikozuweisungsfunktion des Garantiekapitals .	127
c) Zwischenergebnis .....	129



3. Ausgestaltung: die Vier-Schritt-Prüfung des Auszahlungsverbots	130
a) Das Vorliegen einer „Auszahlung“ an den Gesellschafter ...	131
aa) Erster Prüfungsschritt: Vermögensminderung auf Seiten der Gesellschaft, insbesondere durch verdeckte Auszahlungen – Maßgeblichkeit der Verkehrswerte .....	131
bb) Zweiter Prüfungsschritt: Vermögensmehrung auf Seiten des Gesellschafters – sachliche Voraussetzungen .	133
(1) Erforderlichkeit einer Vermögensmehrung .....	133
(2) Zuwendungen an Dritte als mittelbare Auszahlung an den Gesellschafter – insbesondere durch Veranlassung .....	136
cc) Dritter Prüfungsschritt: Vermögensmehrung auf Seiten des Gesellschafters – persönliche Voraussetzungen, insbesondere Auszahlungen an mittelbare Gesellschafter	140
dd) Zwischenergebnis .....	143
b) Vierter Prüfungsschritt: Verbot der „Auszahlung“ wegen Beeinträchtigung des gebundenen Vermögens – Maßgeblichkeit der Buchwerte .....	144
4. Fazit .....	144
II. Anwendbarkeit der Kapitalerhaltungsregeln bei Verschmelzung .....	145
1. Aussagen des UmwG? .....	145
a) Abschließende Sonderregelung durch Sicherheitsleistung und Organhaftung? .....	146
b) Keine Aussagekraft der Verzichtsmöglichkeit nach § 54 Abs. 1 Satz 3, § 68 Abs. 1 Satz 3 UmwG .....	148
2. Parameter des Begründungskonzepts: die Verschmelzung als mittelbare verdeckte „Auszahlung“ an den veranlassenden (mittelbaren) Gesellschafter .....	150
a) Das Vorliegen einer „Auszahlung“ an den Gesellschafter ...	150
aa) Erster Prüfungsschritt (Vermögensminderung): Übernahme des negativen Vermögens der überschuldeten Gesellschaft als verdeckte Auszahlung der vermögenden Gesellschaft – Maßgeblichkeit der Verkehrswerte .....	150
bb) Zweiter Prüfungsschritt (Sachliche Voraussetzungen der Vermögensmehrung): Mittelbare Auszahlung durch Veranlassung der Verschmelzung aus privaten Gründen – Vermögensvorteil in Höhe des Schuldenüberhangs der überschuldeten Gesellschaft ....	152
cc) Dritter Prüfungsschritt (Persönliche Voraussetzungen der Vermögensmehrung): Mittelbare Auszahlung an den veranlassenden (mittelbaren) Gesellschafter .....	153

b) Vierter Prüfungsschritt (Verbot der „Auszahlung“): Beeinträchtigung des gebundenen Vermögens auf Seiten der vermögenden Gesellschaft – Maßgeblichkeit der Buchwerte .....	154
aa) Vermögende Gesellschaft als Übernehmerin .....	154
bb) Vermögende Gesellschaft als Überträgerin .....	155
c) Keine betriebliche Rechtfertigung .....	157
d) Keine kompensatorischen Begleitmaßnahmen .....	160
e) Zwischenergebnis .....	162
3. Zu den Verschmelzungsrichtungen im Einzelnen .....	163
a) Sidestream Merger .....	164
aa) Verschmelzung der überschuldeten Schwestergesellschaft auf die vermögende Schwestergesellschaft .....	164
bb) Verschmelzung der vermögenden Schwestergesellschaft auf die überschuldete Schwestergesellschaft .....	165
b) Downstream Merger .....	166
aa) Verschmelzung der überschuldeten Muttergesellschaft auf die vermögende Tochtergesellschaft .....	166
bb) Verschmelzung der vermögenden Muttergesellschaft auf die überschuldete Tochtergesellschaft .....	171
c) Upstream Merger .....	172
aa) Verschmelzung der vermögenden Tochtergesellschaft auf die überschuldete Muttergesellschaft .....	172
bb) Verschmelzung der überschuldeten Tochtergesellschaft auf die vermögende Muttergesellschaft .....	175
4. Fazit .....	177
III. Rechtsfolgen der Kapitalerhaltungshaftung bei Verschmelzung ...	177
1. Verschmelzung der überschuldeten auf die vermögende Gesellschaft .....	179
a) Gläubigerin des Anspruchs .....	179
b) Schuldner des Anspruchs .....	179
aa) Haftung der Gesellschafter der übertragenden Gesellschaft? .....	179
bb) Haftung des veranlassenden (mittelbaren) Gesellschafters der vermögenden Gesellschaft .....	180
cc) Haftung (auch) der zustimmenden Mitgeschafter der vermögenden Gesellschaft? .....	180
dd) Ausfallhaftung sämtlicher Mitgeschafter einer vermögenden GmbH nach § 31 Abs. 3 GmbHG .....	182
c) Inhalt des Anspruchs .....	182
d) Umfang des Anspruchs .....	183

2. Verschmelzung der vermögenden auf die überschuldete Gesellschaft ..... 184

    a) Gläubigerin des Anspruchs ..... 184

    b) Schuldner des Anspruchs ..... 185

    c) Inhalt und Umfang des Anspruchs – Besonderheiten bei der Durchsetzbarkeit ..... 185

    d) Geltendmachung durch einen besonderen Vertreter nach § 26 UmwG ..... 186

        aa) Bestellung des besonderen Vertreters nach § 26 Abs. 1 UmwG ..... 187

            (1) Antragsbefugnis der Gläubiger nach § 26 Abs. 1 Satz 2 UmwG ..... 187

            (2) Beschränkung der Antragsbefugnis nach § 26 Abs. 1 Satz 3 UmwG ..... 187

                (a) Inhalt der Beschränkung ..... 187

                (b) Keine Beschränkung der Antragsbefugnis bei Geltendmachung der Kapitalerhaltungshaftung .... 189

            (3) Glaubhaftmachung der Kapitalerhaltungshaftung? .... 189

        bb) Durchsetzung der Kapitalerhaltungshaftung nach § 26 Abs. 2 u. 3 UmwG ..... 190

3. Fazit ..... 191

IV. Überlegungen de lege ferenda ..... 191

Kapitel 4 – Existenzvernichtungshaftung und Verschmelzung ..... 195

A. Meinungsstand ..... 197

    I. Der BGH und das Nachschärfen der Existenzvernichtungshaftung . 197

    II. Die Rezeption der Entscheidung in der Literatur ..... 197

B. Stellungnahme ..... 199

    I. Grundlagen der Existenzvernichtungshaftung ..... 200

        1. Zweck: Schutz (auch) eines Bestandsinteresses der Gesellschaft? 203

        2. Haftungsgrund ..... 204

            a) Im Blickpunkt: der Vorwurf der „Liquidation auf kaltem Wege“ ..... 205

                aa) Umgehung der Liquidationsregeln außerhalb des Liquidationsstadiums? ..... 206

                bb) Verstoß gegen die Liquidationsregeln innerhalb des Liquidationsstadiums? ..... 207

b) Stellungnahme .....	209
aa) Eintritt in das Liquidationsstadium durch konkludenten Auflösungsbeschluss .....	209
(1) Formelle Anforderungen .....	210
(2) Materielle Anforderungen .....	211
(a) Maßstäbe für die Annahme eines konkludenten Auflösungsbeschlusses .....	211
(aa) Inhalt des Auflösungsbeschlusses: Wille zur Existenzvernichtung .....	212
(bb) Ermittlung des Willens zur Existenzvernichtung durch normative Auslegung .....	212
(cc) Zwischenergebnis .....	214
(b) Anwendung der Maßstäbe auf Fälle existenzvernichtender Eingriffe .....	214
(aa) Konkludenter Auflösungsbeschluss bei Vornahme einer zwangsläufig zur Insolvenz führenden Maßnahme .....	214
(bb) Zeitpunkt des konkludenten Auflösungsbeschlusses, insbesondere mit Blick auf das Verschmelzungsszenario .....	216
(cc) Widerspruch zum inneren Willen der Gesellschafter? .....	217
(3) Zwischenergebnis .....	218
bb) Missachtung der nunmehr geltenden Liquidationsvorschriften .....	219
(1) Pflicht der Gesellschafter zur Rücksicht auf das Liquidationsregime .....	219
(2) Verstoß gegen die Rücksichtspflicht (nur) durch aktive Einflussnahme .....	222
c) Zwischenergebnis .....	223
3. Ausgestaltung der Existenzvernichtungshaftung .....	224
a) § 826 BGB: Konkretisierung des „sittenwidrigen“ Gesellschafterverhaltens .....	224
aa) Vornahme einer zwangsläufig zur Insolvenz führenden Maßnahme als Verletzung der Rücksichtspflicht auf das Liquidationsregime .....	225
bb) Notwendigkeit der „Selbstbedienung“ des Gesellschafter? .....	226

b) Fortentwicklung auf Grundlage der Sonderverbindung nach § 280 Abs. 1 BGB unter strikter Abkehr von § 826 BGB . . . . .	228
aa) Pflichtverletzung: Vornahme einer zwangsläufig zur Insolvenz führenden Maßnahme als Verletzung der Rücksichtspflicht auf das Liquidationsregime . . . . .	229
bb) Vertretenmüssen: Haftungsbeschränkung auf Vorsatz? ..	229
cc) Ausschluss einer nicht gerechtfertigten Haftung Dritter . . . . .	231
4. Übertragbarkeit der Existenzvernichtungshaftung auf das Aktienrecht . . . . .	233
5. Fazit . . . . .	236
II. Anwendbarkeit der Existenzvernichtungshaftung bei Verschmelzung . . . . .	237
1. Haftung aus § 826 BGB . . . . .	237
a) Das „sittenwidrige“ Gesellschafterverhalten . . . . .	237
aa) Zustimmung zu einer zwangsläufig zur Insolvenz führenden Verschmelzung . . . . .	238
bb) Zur „Selbstbedienung“ des Gesellschafters bei Verschmelzung . . . . .	239
(1) Die implizite Absage des BGH an das Merkmal der „Selbstbedienung“ . . . . .	240
(2) Hilfsweise: Anhaltspunkte für einen Vermögensvorteil auf Seiten des Gesellschafters bei Verschmelzung . . . . .	240
(a) Anteilserwerb? . . . . .	241
(b) Ersparnis des Liquidations- bzw. Insolvenzverfahrens? . . . . .	242
(c) Übernahme des Schuldenüberhangs im Interesse des Gesellschafters . . . . .	242
b) Vorsatzerfordernis . . . . .	244
2. Haftung aus § 280 Abs. 1 BGB . . . . .	244
a) Pflichtverletzung der Gesellschafter der vermögenden Gesellschaft durch Zustimmung zu einer zwangsläufig zur Insolvenz führenden Verschmelzung . . . . .	244
b) Vertretenmüssen . . . . .	245
aa) Konkretisierung des Sorgfaltsmaßstabs der Gesellschafter . . . . .	245
bb) Anhaltspunkte für eine Exkulpation des zustimmenden Gesellschafters . . . . .	246
3. Fazit . . . . .	246

III. Rechtsfolgen der Existenzvernichtungshaftung bei Verschmelzung	247
1. Verschmelzung der überschuldeten auf die vermögende Gesellschaft	248
a) Gläubigerin des Anspruchs	248
b) Schuldner des Anspruchs	248
c) Umfang des kausalen Schadens	250
2. Verschmelzung der vermögenden auf die überschuldete Gesellschaft	252
a) Gläubigerin des Anspruchs	252
b) Schuldner des Anspruchs	252
c) Umfang des kausalen Schadens	253
d) Geltendmachung durch einen besonderen Vertreter nach § 26 UmwG	254
aa) Bestellung des besonderen Vertreters nach § 26 Abs. 1 UmwG	254
(1) Antragsbefugnis der Gläubiger nach § 26 Abs. 1 Satz 2 UmwG	254
(2) Beschränkung der Antragsbefugnis nach § 26 Abs. 1 Satz 3 UmwG	255
(3) Glaubhaftmachung der Existenzvernichtungshaftung?	255
bb) Durchsetzung der Existenzvernichtungshaftung nach § 26 Abs. 2 u. 3 UmwG	256
3. Fazit	256
IV. Einflüsse des Insolvenzanfechtungsrechts	256
1. Meinungsstand	258
2. Stellungnahme	260
a) Keine Anfechtungsresistenz von Verschmelzungen	260
aa) Keine abschließende Sonderregelung durch Sicherheitsleistung	260
bb) Kein Bestandsschutz der Verschmelzung gegen eine Insolvenzanfechtung	261
b) Kein Wegfall des Anfechtungsgegners	263
aa) Übertragende Gesellschaft als taugliche Anfechtungsgegnerin	264
bb) Bestellung eines besonderen Vertreters	265
c) Trennung der Vermögensmassen als Rechtsfolge der Insolvenzanfechtung	267
3. Fazit	269

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse ..... 271

*Zu Kapitel 1 – Grundlagen: Gläubigerschutz bei Verschmelzungen ... 271*

*Zu Kapitel 2 – Differenzhaftung und Verschmelzung ..... 274*

*Zu Kapitel 3 – Kapitalerhaltungshaftung und Verschmelzung ..... 278*

*Zu Kapitel 4 – Existenzvernichtungshaftung und Verschmelzung ..... 282*

Quellen- und Literaturverzeichnis ..... 285

*Gesetze, Richtlinien, Entwürfe und Materialien ..... 285*

*Literatur ..... 288*

Sachregister ..... 321